

Aus unseren Vereinigungen : Diskussion über die Lancierung einer Abrüstungs-Initiative ; Unsere "Internationale" begrüsst Bankenboykott des Weltkirchenrates ; Der Kirchenrat und Südafrika

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **75 (1981)**

Heft 10

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sierten Kreisen verharmlost wird? Die Beschwichtigungsideologen sind schon eifrig am Werk. In verschiedenen katholischen Tageszeitungen war am 3. Oktober gar zu lesen, die Enzyklika eigne sich zwar vorzüglich als «Handbuch für Polens Gewerkschaften», doch die schweizerische Wirtschaft sei davon nicht betroffen, denn sie bewege sich bereits «in den vorgezeichneten Bahnen». «So gesehen», bringe die Enzyklika nicht viel mehr als ein «Wort zum Sonntag». «Christliche» Politiker und Unternehmer werden gewiß alles daran setzen, daß es bei diesem «Wort zum Sonntag» bleibt. Und wir?

Aus unseren Vereinigungen

Diskussion über die Lancierung einer Abrüstungs-Initiative

Es gibt wohl kein Thema, das zur Zeit die Gemüter in Europa mehr verunsichert als die Aufrüstung und die drohende Atomgefahr. Während vor allem in Deutschland und Holland eine starke Friedensbewegung gegen den Rüstungswahnsinn ankämpft, scheint in der Schweiz der Glaube an eine konventionelle, schlagkräftige Armee weithin ungebrochen zu sein. Während selbst europäische Generäle grundsätzliche Zweifel am herkömmlichen militärpolitischen Denken hegen (vgl. Generale für den Frieden, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1981), ist die Armee in der Schweiz immer noch Tabu Nummer eins. Wer die Armee grundsätzlich in Frage stellt, ist Utopist oder Staatsfeind.

Nun, gerade dies tut Andreas Groß, der am 28. August auf Einladung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Christen für den Sozialismus seine Gründe für eine Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee darlegte. Ueber die Lancierung dieser Initiative werden die Jungsozialisten allerdings erst nach einer Sektionsvernehmlassung im Frühjahr 1982 entscheiden.

Den Hauptgrund für die Initiative sieht Groß in der globalstrategischen Veränderung der militärpolitischen Situation in Europa, die auch die konventionelle Armeekonzeption der Schweiz in Frage stellt. Die exponentielle Zunahme der Nuklearbewaffnung der beiden Supermächte bedroht die europäischen Staaten und Kleinstaaten — auch die Schweiz —, die bei einer atomaren Auseinandersetzung zu Statisten und Opfern der Wahnsinnspolitik der Großmächte verdammt würden. Keiner Imperialmacht ist zu trauen. Die Geschichte lehrt uns, daß sich im Keim aller Großmachtspolitik der Untergang verbirgt. Mit dieser Ansicht bekommt Groß unverhofft Schützenhilfe von ganz anderer Seite. Der Italiener Nino Pasto, der stellvertretender Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte in Europa für den Bereich der Kernwaffen war, sagte kürzlich in einem Interview: «Es gibt da einen interessanten amerikanischen Ausdruck, der Europa als Wegwerfartikel (expendable item) bezeichnet. Anliegen der amerikanischen Doktrin ist in der Tat nicht die Verteidigung Europas, die stets und ständig nur im Zusammenhang mit der Verteidigung US-amerikanischer Interessen gesehen wurde» (TA vom 28. August 1981).

Das Nein zur Armee kommt aus der Ueberzeugung, daß die Armee gerade das zerstört, was sie zu verteidigen vorgibt; daß es bei einer atomaren Auseinandersetzung keine Sieger gibt und daß die Armee in Anbetracht der Armut in der Welt nichts anderes als eine Perversion unseres Denkens und Handelns darstellt. Der Glaube der Nato-Strategen an eine «flexible response»

(begrenzter militärischer Schlagabtausch) wird nur schon durch die nukleare Rüstungsspirale widerlegt. Dies hat zur Folge, daß konventionelle Reaktionsmöglichkeiten nach Art der Schweizer Armee zunehmend illusorisch werden. Für die Schweiz besteht nach Groß die Aufgabe darin, nach einer anderen Art von Konfliktlösung zu suchen, die soziale Verteidigung als Alternative zu verwirklichen und auf internationaler Ebene eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben, die vor allem unsere Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt unter den Aspekt einer solidarischen Ethik stellt.

Die anschließende Diskussion zeigt Verunsicherung: Repressive Reaktionen gegenüber den Initianten werden befürchtet; Zweifel: Wie sollen die 100 000 Unterschriften allenfalls zusammengebracht werden? aber auch Hoffnung: Die Armee würde enttabuisiert, eine Friedensbewegung könnte entstehen.

Ist es sinnvoll, in der Schweiz eine solch radikale Lösung anzuvisieren, während das Bewußtsein alternativer Konfliktlösungen im Vergleich zur BRD und zu Holland hierzulande so gering ist? Ist die Gefahr der Kriminalisierung, etwa der Unterschriftensammler, verantwortbar? Wäre es außerdem nicht gescheiter, die Abstimmung über die Zivildienstinitiative abzuwarten? Müßte nicht eine Friedenserziehung vorausgehen? Und was geschähe, wenn die Schweiz nach erfolgter einseitiger Abrüstung dennoch Schauplatz eines konventionellen Krieges zwischen feindlichen Mächten würde? Solche Fragen illustrieren die skeptischen Äußerungen des Abends.

Die befürwortenden Stimmen sehen in der Initiative eine notwendige Provokation, daß es auch anders sein könnte. Das Sicherheitsdenken nach der römischen Maxime «Willst du den Frieden, bereite den Krieg vor» habe die Menschheit in eine weltweite Spannungssituation hineinmanövriert, die sich jederzeit explosiv entladen könne, statt das Gewaltpotential zu minimieren. Eine Zukunft mit atomaren Sprengköpfen im Vorgarten sei keine Zukunft. Daher bedeute die Initiative, selbst im Falle einer Niederlage, einen Wendepunkt: Lieber eine Realutopie als eine Realpolitik, die beim ersten irrationalen Zugriff zur Massenkatastrophe werde.

Die große Mehrheit der Teilnehmer sprach sich bei einer Konsultativabstimmung am Schluß des Abends für die Lancierung der Initiative aus.

Felix Caduff

Unsere «Internationale» begrüßt Bankenboykott des Weltkirchenrates

Die Internationale Konferenz Christlicher Sozialisten in Wien und der Internationale Bund Religiöser Sozialisten beobachten mit großer Sorge den zunehmenden Druck, den rechtsgerichtete Kreise in den USA und in Westeuropa auf die Tätigkeit des Weltkirchenrates auszuüben versuchen. Es entsteht die Gefahr, daß die Christen der westlichen Industriestaaten den Kontakt mit den Kirchen Afrikas und Lateinamerikas verlieren, auf deren ausdrücklichen Wunsch sich der Weltkirchenrat gegen die Rassentrennung gewandt hat. Als Christen versichern wir dem Weltkirchenrat unsere Unterstützung, insbesondere auch in Bezug auf das Anti-Rassismus-Programm, welches wir als einen Versuch verstehen, Gerechtigkeitsforderungen des Evangeliums in dieser Welt zu verwirklichen. Wir begrüßen es, daß der Weltkirchenrat von theoretischen Darlegungen zu konkreten Maßnahmen (Bankenboykott) fortgeschritten ist und ermutigen zum Durchhalten dieser Politik.

Als Sozialisten erwarten wir, daß die Sozialistische Internationale den Kampf des Weltkirchenrates unterstützt und ihrerseits die Bekämpfung des Rassismus verstärkt.

Wien, 20. September 1981

